

## Afrika, Donald Trump und Deutschland – wer nichts weiß, muss alles glauben

**Nach dem Wahlsieg Donald Trumps in den USA fragen sich Experten auf der ganzen Welt, welche außen- und sicherheitspolitischen Schwerpunkte der neue Präsident setzen wird – insbesondere mit Blick auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und das Verhältnis zu den Verbündeten in Europa. Seine bisherigen Einlassungen zum Thema waren wenig ergiebig. Dabei sind die Herausforderungen immens – und ohne die USA derzeit kaum zu bewältigen.**

„Wer nichts weiß, muss alles glauben.“ Dieser Ausspruch stammt von der mährisch-österreichischen Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach aus dem Jahr 1893 – und beschreibt recht gut die Situation, in der sich in diesen Tagen viele Kommentatoren, politische Berater und Experten befinden, wenn sie nach dem außenpolitischen Konzept des amerikanischen „President Elect“, des gewählten, jedoch noch nicht ernannten künftigen Präsidenten Donald Trump gefragt werden. Sie wissen keine Antwort, weil es kaum valide Aussagen zum Thema, geschweige denn eine sichtbare Strategie gibt. Daher ergeht man sich in Spekulationen, basierend auf den irritierenden Äußerungen des Kandidaten Trump während des Wahlkampfes und befürchtet das „Ende des Westens“. Dabei gibt es durchaus einige Punkte, die es nüchtern zu überdenken lohnt und die Anlass zu verhaltener Hoffnung geben, dass das Ende unserer Zivilisation doch nicht so nahe ist, wie manche denken.

### Keine außenpolitischen Berater

Traditionell wird in Deutschland ausführlich über amerikanische Präsidentschaftswahlen berichtet, was angesichts des engen transatlantischen Verhältnisses verständlich ist. Über Jahrzehnte, seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, waren die USA nicht nur der engste Verbündete Deutschlands (und Europas), sondern auch – dank militärischer und wirtschaftlicher Stärke – der Garant für die äußere Sicherheit des ganzen Kontinents. Entsprechend waren bis dato die Analysen darüber, was man in Europa von einer neuen Administration im Weißen Haus zu erwarten habe, gründlich. Die jeweiligen Präsidentschaftskandidaten verfügten in aller Regel bereits vor der Wahl über außenpolitische Konzepte, die jedem Interessierten zumindest in groben Zügen zugänglich waren und dafür sorgten, dass es auf Seiten der Verbündeten nach der Transition keine allzu großen Überraschungen gab. Nur dieses Mal ist alles anders.

Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtete, waren die Bemühungen sowohl der außenpolitischen Experten der Bundestagsfraktionen wie auch jener im Auswärtigen Amt, Kontakte zu den entsprechenden Beratern des künftigen Präsidenten aufzunehmen, erfolglos. Versuche der Deutschen Botschaft in Washington, Kontakte und Zugänge zu finden, liefen ins Leere. Auf die Frage nach dem „warum“ zitiert die FAZ Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes mit der beunruhigenden Feststellung, dass Donald Trump offenbar über keinen außen- und sicherheitspolitischen Beraterstab verfüge.<sup>1</sup> Auch wenn klar war, dass

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM  
SICHERHEITSPOLITISCHER  
DIALOG**

**SUBSAHARA-AFRIKA (SIPODI)**

TINKO WEIBEZAHL

November 2016

[www.kas.de/sipodi](http://www.kas.de/sipodi)

außenpolitische Fragen den Wahlkampf nicht dominiert haben, ist die Verwirrung nun groß. Dies betrifft neben den großen Leitlinien auch spezifische Fragen, wie etwa nach dem strategischen Verhältnis der USA zu den Partnern in Subsahara-Afrika. Wie sich dieses künftig gestalten wird, kann zum Teil massive Auswirkungen auf die Afrikapolitik der Bundesregierung haben, besonders nachdem die Bundeskanzlerin infolge der Migrationskrise vermehrt Anstrengungen unternehmen möchte, Partnerländern in der Region wirtschaftlich und auch militärisch zur Seite zu stehen, um Fluchtursachen vor Ort bekämpfen zu können. Dies wird schon wegen der geringen eigenen militärischen Kapazitäten nur in einer starken transatlantischen Partnerschaft mit den USA gelingen können. Dabei geht es weniger darum, dass die USA sich als Truppensteller für militärische Interventionen in Afrika zur Verfügung stellen, als darum, dass Europa eventuell künftig mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen muss, was die Möglichkeiten, auf anderen Kontinenten auch militärisch zu intervenieren, stark einschränken dürfte.

**Bisher viel Geld, wenig Strategie**

Das Vorgehen Amerikas auf dem afrikanischen Kontinent, im Kalten Krieg jahrzehntelang dominiert von der beherrschenden Doktrin, den Einfluss des kommunistischen Machtbereiches unter allen Umständen einzudämmen, ist seit Beginn der 1990er Jahre nie wirklich auf einer strategischen Ebene angekommen. Die Beziehungen zwischen den USA und den Staaten Subsahara-Afrikas hatten und haben einen relativ geringen Stellenwert, auch wenn Afrika seit der zweiten Amtszeit Präsident Bill Clintons (1997-2001) auf der außenpolitischen Agenda der USA zwischenzeitlich nach oben gerückt schien. Diese erhöhte Aufmerksamkeit verdankte Afrika jedoch schon damals den amerikanischen Bemühungen zur Terrorismusbekämpfung – im August 1998 hatten die Bombenanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam durch *Al Qaida* die Präsenz militanter Islamisten in Ostafrika und deren erhebliches Handlungspotenzial offenbart. Dieser Form des Terrorismus entgegenzuwirken, stand deshalb bis zum Ende der Regierung Clinton auf der außenpolitischen Agenda. Erhöhte Entwicklungshilfe in den Jahren 1998 und 1999 sowie eine Reihe neuer Militärprogramme für Afrika waren die erste Reaktion der Regierung in Washington.<sup>2</sup> Darüber hinaus konnte Bill Clinton einen beachtlichen außenpolitischen Erfolg verbuchen, als er mit dem *African Growth and Opportunity Act (AGOA)* vom Mai 2000 Einfuhrzölle für die Staaten Subsahara-Afrikas aufhob und dadurch die Voraussetzung für zehntausende Arbeitsplätze in den betroffenen Ländern schuf.

Die Afrikapolitik seines Nachfolgers, George W. Bush, lässt sich unter zwei große Überschriften stellen: „Krieg gegen den Terrorismus“ und „Kampf gegen AIDS“. In den ersten drei Jahren seiner Amtszeit stiegen die von den USA für Afrika eingesetzten Mittel von 2,1 Milliarden Dollar auf 4,3 Milliarden. 2004 gründete Bush den Entwicklungshilfefonds *Millennium Challenge Account* (MCA). Als elementarer Bestandteil des Kriegs gegen den Terror wurde der MCA in die nationale Sicherheitsstrategie aufgenommen und sollte helfen, Armut und Instabilität in Entwicklungsländern zu verringern, um damit dem internationalen Terrorismus den Nährboden zu entziehen – mithin ein ganz ähnlicher Ansatz, wie ihn seit neuestem die deutsche Bundesregierung bei der Bekämpfung von Fluchtursachen verfolgt.<sup>3</sup> 2007, im vorletzten Jahr der Bush-Administration wies das US-Budget 15,8 Milliarden Dollar für humanitäre Hilfsprojekte in aller Welt aus. Im letzten Regierungsjahr von Bill Clinton waren es gerade einmal 5,6 Milliarden Dollar gewesen.<sup>4</sup>

Im Jahr 2003 rief Bush darüber hinaus den *Presidents Emergency Plan for Aids Relief (PEPFAR)* ins Leben. Mehr als 18 Milliarden Euro hat die Bush-Regierung bis 2008 in die Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose investiert, unter anderem in Botswana, der Elfenbeinküste, Äthiopien und Nigeria. Indem Bush seine Afrikapolitik dem weltweiten „Krieg gegen den Terrorismus“ unterstellte, verschaffte er sich den nötigen innenpolitischen Rückhalt für seine Agenda. Auch die Republikaner unterstützten nun – gegen ihre bisherige Agenda - die Erhöhung der Finanzhilfe für Afrika.

Ebenfalls in die Ära George W. Bush fällt die Idee, die Aktivitäten des US-Verteidigungsministeriums und anderer Behörden in Afrika zu koordinieren und zu bündeln,

<sup>2</sup> [https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf\\_afrika\\_0905.pdf](https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_afrika_0905.pdf)

<sup>3</sup> <http://www.profil.at/home/die-taten-george-w-bush-196232>

<sup>4</sup> Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM**

**SICHERHEITSPOLITISCHER  
DIALOG**

**SUBSAHARA-AFRIKA (SIPODI)**

TINKO WEIBEZAHN

November 2016

[www.kas.de/sipodi](http://www.kas.de/sipodi)

um die politische Stabilität und das Wirtschaftswachstum der Länder im Kommandobereich zu stabilisieren und zu intensivieren. Zu diesem Zweck wurde im Oktober 2007 das *United States Africa Command (AFRICOM)* eingerichtet, das in erster Linie als Oberkommando über US-amerikanische Militäroperationen auf dem afrikanischen Kontinent dient (mit Ausnahme von Ägypten, das weiterhin zum US Central Command gehört). Dabei sollten auch Entwicklungsprogramme des Außenministeriums, deren Unterstützung und Umsetzung bis dato noch von drei verschiedenen Regionalkommandos, dem EUCOM, dem US Central Command (CENTCOM) und dem US Pacific Command (PACOM) getragen wurden, im Africa Command gebündelt werden, um somit Überschneidungen und Parallelarbeit zu vermeiden. Da sich zum Zeitpunkt der Einrichtung kein geeigneter Standort auf dem Kontinent fand, hat AFRICOM seither seinen Sitz in Stuttgart.

Dieses an sich vorbildliche Maßnahmenpaket aus Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und strategischem Überbau kam jedoch nicht zu voller Wirkung, vorrangig wegen der andauernden – und durch die internationale Lage erzwungenen - Konzentration auf die Ereignisse im Nahen Osten, Afghanistan und im Irak. Zwar gab es einzelne Erfolge zu verzeichnen, etwa beim Friedensabkommen 2005 zwischen der sudanesischen Regierung und der südsudanesischen *Sudan People's Liberation Army (SPLA)* oder bei der Beendigung des Bürgerkrieges in Liberia, doch ist zugleich eine Reihe von Krisenfällen zu verzeichnen, aus denen sich die USA auffällig herausgehalten haben. Dazu zählen beispielsweise der Bürgerkrieg in der Demokratischen Republik Kongo, der Staatszerfall und Bürgerkrieg in Somalia, der Bürgerkrieg in der Côte d'Ivoire, das Darfur-Debakel und auch die Krise in Simbabwe.<sup>5</sup>

Nach dem Amtsantritt von Barack Obama im Januar 2009 rutschte Subsahara-Afrika auf der Prioritätenliste des Weißen Hauses ziemlich weit nach unten, was bei vielen Erstaunen auslöste – hatte man doch gerade in einen so sympathisch wirkenden Präsidenten mit afrikanischen Wurzeln große Erwartungen gesetzt. Jedoch war man in Washington zu intensiv mit anderen Themen beschäftigt, von der Wirtschaftskrise, dem Krieg in Afghanistan bis hin zur Ukraine, dem Irak und Syrien.<sup>6</sup> Außerdem hatte sich Obama wohl auch selbst Zurückhaltung auferlegt, weil er vor dem Hintergrund der bestehenden innenpolitischen Probleme nicht den Eindruck erwecken wollte, er kümmere sich mehr um Afrika, als um die vom wirtschaftlichen Abstieg bedrohten eigenen Landsleute.

Seine Regierung brachte schließlich 2009 eine globale Gesundheitsinitiative auf den Weg, mit der die Kohärenz der US-Regierungsprogramme gegen HIV/Aids, Malaria und andere Erkrankungen verbessert werden sollte. Im gleichen Jahr startete die Kampagne *Feed the Future* mit der Zusage, 3,5 Milliarden US-Dollar in die Ernährungssicherheit von 20 Entwicklungsländern zu investieren, darunter 12 in Afrika. Die *Global Climate Change Initiative* stellt knapp eine Milliarde Dollar jährlich für Maßnahmen in aller Welt bereit, darunter für den Ausbau sauberer Energien und Waldschutz in Afrika. Diese Programme, die allesamt nicht ausschließlich für afrikanische Länder bestimmt waren, nannte die Regierung im gleichen Atemzug mit Maßnahmen zur Förderung von Demokratie, der Unterstützung militärischer Ausbildung und der Beteiligung an Friedensprozessen in Côte d'Ivoire und Sudan als Errungenschaften des US-amerikanischen Engagements in Subsahara-Afrika.

2012 veranschaulichte die Obama-Regierung ihre Sicherheitsstrategie für Afrika in der *U.S. Strategy Towards Sub-Saharan Africa*. Die Messlatte für den Erfolg der Strategie wurde dabei mit dem Ziel der "Störung, Zerschlagung und möglichen Bezwingung von *Al-Qaida* und ihren Verbündeten" recht hoch gehängt. Die Militärunterstützung der USA in Form von Ausbildung, der Bereitstellung von Material und nachrichtendienstlichen Erkenntnissen ging damit zum Teil auch das Risiko ein, an Regime zu gehen, die ihre Sicherheitskräfte auch gegen die eigene Bevölkerung einsetzen könnten und damit indirekt zu den Ursachen von Terrorismus beitragen. Erschwerend kam hinzu, dass viele dieser Länder die Programme auch selbst finanzieren könnten, wenn ihre politische Elite mehr Motivation zeigen würde, Herausforderungen im Sicherheitssektor selber in die Hand zu nehmen. In seiner Handlungsfreiheit durch eine seit 2010 bestehende republikanische Mehrheit im Kongress eingeschränkt, konnte Obama in seiner zweiten Amtszeit neben den bestehenden finanziellen Hilfen vorrangig symbolische Zeichen in Bezug auf Afrika setzen. So richtete er

<sup>5</sup> [https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf\\_afrika\\_0905.pdf](https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_afrika_0905.pdf)

<sup>6</sup> [derstandard.at/2000019592243/US-Afrikanpolitik-Es-koennte-ein-bisschen-mehr-sein](http://derstandard.at/2000019592243/US-Afrikanpolitik-Es-koennte-ein-bisschen-mehr-sein)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

2014 einen „US-Africa Leaders Summit“ in Washington aus und sprach ein Jahr später eindringliche Worte an afrikanische Machthaber vor der Afrikanischen Union in Äthiopien.

**REGIONALPROGRAMM  
SICHERHEITSPOLITISCHER  
DIALOG**

**SUBSAHARA-AFRIKA (SIPODI)**

TINKO WEIBEZAHN

Zum Ende der zweiten Amtszeit Barack Obamas bleibt festzustellen, dass es an einer umfassenden Strategie für Subsahara-Afrika nach wie vor fehlt. Es ist Obamas Administration nicht gelungen, die verschiedenen langfristigen Grundsätze, Ziele und Prioritäten überzeugend zu klären. Die von den Regierungen Clinton und Bush gelegten positiven Grundlagen wurden nur unzureichend genutzt, um ein schlüssiges Gesamtkonzept zu entwickeln und damit den amerikanischen Einfluss in Subsahara-Afrika im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln auszubauen und zu festigen.

November 2016

**Was will Donald Trump?**

[www.kas.de/sipodi](http://www.kas.de/sipodi)

Nachdem die Wahl in den USA entgegen nahezu aller Prognosen zugunsten Donald Trumps entschieden ist, wird die Ratlosigkeit greifbar, die bei sämtlichen Verbündeten und auch in den Partnerländern amerikanischer Entwicklungszusammenarbeit besteht. Im Gegensatz zur unterlegenen ehemaligen First Lady, Senatorin und Außenministerin Hillary Clinton ist der Immobilienmogul und Selbstdarsteller Trump außenpolitisch bisher nicht durch übergroße Kompetenz aufgefallen. In seiner Kampagne hat er den Slogan *"Make America great again"* ausgegeben und bei jeder Gelegenheit klar gemacht, dass es eine weitere Garantie der Sicherheit anderer Länder auf US-Kosten nicht geben wird. Der frühere US-Botschafter in Deutschland, John Kornblum, sieht nach dem Sieg Donald Trumps bei den US-Präsidentenwahlen Deutsche und Europäer künftig gar weitgehend auf sich allein gestellt. "Der amerikanische Schirm über Europa ist für immer weggezogen", schrieb Kornblum in einem Zeitungsartikel zur Wahlnachlese. In Richtung Europa sagte er: "Vielleicht werden die Europäer jetzt einen verstärkten Willen zur Verantwortung finden - sie werden ihn angesichts der Umstürze, die auf uns zukommen, brauchen".<sup>7</sup>

Zwar hat sich Trump im Wahlkampf verschiedentlich zur Außenpolitik geäußert, aber eben nur vage und populistisch. Im Zusammenhang mit dem Syrien-Krieg warf er etwa seiner Konkurrentin Clinton vor, auf dem Weg zu einem dritten Weltkrieg zu sein. Mit Blick auf Afrika äußerte er, Simbabwe-Langzeitpräsidenten Robert Mugabe und Ugandas Staatschef Yoweri Museveni persönlich hinter Gitter zu bringen, worauf Mugabe erwiderte, Trump sei der Enkel von Adolf Hitler.<sup>8</sup> Museveni hingegen gratulierte Trump zum Wahlsieg und schrieb, er freue sich auf die künftige Zusammenarbeit.

In einem Beitrag für das Wall Street Journal mit dem Titel *„Suffering from Trumphobia? Get over it“* schreibt der amerikanische Militärstrategen Edward N. Luttwak, dass Trump zwar keine guten Manieren habe, seine Außenpolitik als Präsident aber höchstwahrscheinlich gewöhnlichen konservativen Normen folgen werde. Luttwak prognostiziert, dass Trump vorrangig jene enttäuschen wird, die glauben, dass Amerika Truppen nach Syrien oder Libyen schicken sollte. Stattdessen werde Trump das US-Militär aus Afghanistan, Irak und der gesamten islamischen Welt eher abziehen, um die Soldaten nicht „Angriffen von jenen auszusetzen, für deren Schutz sie gekommen seien“. Wahre Konservative, so Luttwak, würden Blut und Ressourcen nicht leichtfertig einsetzen, um ambitionierte politische Ziele zu verfolgen. Als Beleg führt er Zweifel an, die es zum Amtsantritt von Ronald Reagan gegeben hatte. Ausgehend von Reagans Rhetorik während des Wahlkampfes und damit gebrandmarkt als unerfahrenes Leichtgewicht und Kommunistenhasser, befürchteten zahlreiche Experten unbedachte und leichtfertige Verwicklungen in militärische Abenteuer, die es dann am Ende doch nicht gegeben hat.<sup>9</sup>

Fakt ist, dass wenige Experten in den USA an einen Wahlsieg Donald Trumps geglaubt haben. Dies, gepaart mit seinem in der Tat schlechten Benehmen während des Wahlkampfes mag auf viele potentielle Ratgeber, Diplomaten und Experten abschreckend genug gewirkt haben, um sich nicht in den Dienst seiner Kampagne zu stellen und schlüssige außenpolitische Konzepte für ihn zu entwickeln. Nach seinem Wahlsieg hat sich die Lage grundlegend geändert. Die ersten, die das erkannt haben, waren der derzeitige

<sup>7</sup> <http://web.de/magazine/politik/wahlen/us-wahl/frueherer-us-botschafter-europa-wahlsiegs-trumps-gestellt-32004488>

<sup>8</sup> <http://www.dw.com/de/afrika-nach-dem-trump-sieg-zwischen-freude-und-entsetzen/a-36327054>

<sup>9</sup> <http://www.wsj.com/articles/suffering-from-trumphobia-get-over-it-1457565216>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**REGIONALPROGRAMM  
SICHERHEITSPOLITISCHER  
DIALOG**

**SUBSAHARA-AFRIKA (SIPODI)**

TINKO WEIBEZAHL

Präsident Barack Obama und Trumps von ihm selbst so geschmähte Kontrahentin Hillary Clinton, die beide dazu aufriefen, ihm und seiner Präsidentschaft eine faire Chance zu geben. Auf Seite der Republikaner werden jetzt viele erfahrene Köpfe, die sich bis zum Wahltag nicht mit dem etwas schmutzigen Image des Selbstdarstellers Trump assoziieren wollten, aus der Deckung kommen und ihm ihre Kooperation anbieten. Im Idealfall kann das Transitionsteam dann die bestehenden Defizite in Bezug auf außenpolitische Planung nacharbeiten. Ob dabei eine kohärente, für die Partner in Europa und in Afrika befriedigende Lösung herauskommt, bleibt abzuwarten. Zu spät ist es dafür jedenfalls nicht.

**Fazit**

November 2016

[www.kas.de/sipodi](http://www.kas.de/sipodi)

Der Rückzug der USA als globale Ordnungsmacht, der sich mit dem Sieg von Donald Trump ankündigt, ist kein grundsätzlich neues Phänomen. Insbesondere die Jahre von Barack Obamas Präsidentschaft waren von einer strengen militärischen Zurückhaltung geprägt, die man durchaus als Einleitung einer außenpolitischen Trendwende der USA interpretieren kann. Der Verzicht auf großangelegte militärische Einsätze in Libyen, Mali oder Syrien hat klar gemacht, dass Amerika nicht mehr gewillt oder in der Lage ist, sich auf kostenintensive Interventionen in Krisenregionen einzulassen. Die ganze Ausrichtung der Wahlkampagne Trumps, sich zuerst den bestehenden Problemen innerhalb Amerikas zu widmen, lässt vermuten, dass diese Entwicklung eher vorangetrieben werden wird. Schon der seinerzeit mit viel Vorschusslorbeeren gestartete Obama hat das schnell erkannt und mit seiner Realpolitik die Erwartungen vieler internationaler Partner enttäuschen müssen, die in ihm ohnehin mehr sahen, als er jemals hätte sein können. Auch er, der Friedensnobelpreisträger, hat es nicht vermocht, die USA mit der Welt zu versöhnen oder den von Kriegen und Krisen bedrohten Regionen dieser Welt mehr Frieden und Ruhe zu bringen.

Unter einem Präsidenten Donald Trump besteht die Gefahr für Deutschland und Europa vorrangig darin, dass man sich künftig eventuell nicht mehr auf die massive militärische und finanzielle Unterstützung verlassen können wird, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs so selbstverständlich zu sein schien. Trump als Unternehmer wird, idealerweise unterstützt von Beratern, die etwas von Außenpolitik verstehen, erkennen, dass die militärischen Interventionen der letzten anderthalb Jahrzehnte mehr Probleme geschaffen als gelöst haben. Bei aller säbelrasselnden Rhetorik deuten alle Anzeichen darauf hin, dass Amerika eher Jahre der Selbstbesinnung bevorstehen als einer gewagten Verfolgung globaler Ziele auch mit militärischen Mitteln.

Dies ist in erster Linie keine gute Nachricht für Europa. Die Europäische Union befindet sich in einer veritablen Krise, in der nicht einmal die Verteilung von Flüchtlingen gelingt, die es trotz aller Widrigkeiten bis an unsere Tür geschafft haben. Großbritannien, einst Motor der europäischen Einigung, ist auf dem Weg, die EU zu verlassen. Große Differenzen bestehen zwischen Ost- und Südosteuropa und Deutschland – nicht nur in der Frage der Migranten. Russland tritt erneut als Gefahr für den Frieden in Europa auf und die noch vor kurzem als Beitrittskandidat gehandelte Türkei zeigt diktatorische Tendenzen, deren Auswüchse in Berlin mit Sorge zur Kenntnis genommen werden, weil man das Land als Partner in der Migrationskrise dringend benötigt. Die Bundeskanzlerin möchte in Subsahara-Afrika Fluchtursachen bekämpfen, die Verteidigungsministerin fordert mehr militärisches Engagement in Afrika – dies könnte jedoch teuer werden: Nicht nur erfordert es erheblich mehr Personalressourcen, als die aktuell vorhandenen 170.000 eigenen Soldaten – auch die Ausstattung muss dringend den neuen Bedürfnissen angepasst werden. All dies ist keine gute Ausgangsposition, auf die Amerikaner zu verzichten, die nicht nur 4,8 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für den Verteidigungsetat zahlen (zum Vergleich: Deutschland liegt hier bei 1,4 Prozent), sondern in der Vergangenheit öfter als notwendig für die Europäer eingesprungen sind, wenn es darum ging, vor Europas eigener Haustür, wie etwa auf dem Balkan, auch militärisch einzuschreiten, um Schlimmeres zu verhindern.

Die Staaten Europas, allen voran Deutschland, werden sich eventuell schon sehr bald damit abfinden müssen, dass das Zeitalter der unbestrittenen geopolitischen Dominanz der USA beendet ist. Und eben dies könnte der Eintritt in einen sehr schmerzhaften Prozess für Europa werden: Einerseits haben europäische Gesellschaften gern über die unilaterale Rolle der USA als „Weltpolizist“ geklagt, sie andererseits aber nur zu gern benutzt, um im komfortablen sicherheitspolitischen Windschatten Amerikas die eigenen Ausgaben für Verteidigung herunterzufahren. Damit könnte es künftig vorbei sein. Als Europas stärkste

[Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.](#)

**REGIONALPROGRAMM  
SICHERHEITSPOLITISCHER  
DIALOG**

**SUBSAHARA-AFRIKA (SIPODI)**

TINKO WEIBEZAHL

**November 2016**

[www.kas.de/sipodi](http://www.kas.de/sipodi)

Volkswirtschaft wäre vor allem Deutschland betroffen, sollte Donald Trump seine Drohung wahr machen, weniger Mittel für die Verteidigung von Verbündeten bereitzustellen. Die Ausgaben für den deutschen Verteidigungshaushalt müssten drastisch steigen, sollte die Sicherheitsgarantie seitens der USA aufgekündigt werden oder zumindest nicht im gewohnten Maß bereit stehen. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Russland oder der Türkei, bei anhaltendem Migrationsdruck und der nicht ewig anhaltenden guten Konjunktur würde dies bedeuten, dass Deutschland mit seinen ambitionierte Vorhaben in Subsahara-Afrika schnell an Kapazitätsgrenzen stoßen würde. In diesem Fall wäre es geboten, einerseits deutlich mehr Verantwortung für die Sicherheit Europas zu übernehmen und andererseits mögliche Partner für die Stabilisierung und Entwicklung des afrikanischen Kontinents jenseits der transatlantischen Partnerschaft zu identifizieren. Die momentane Lage innerhalb der Europäischen Union wird diesen Weg zumindest mittelfristig nicht leichter machen, so alternativlos er auch sei.